

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

# Danziger Zeitung.

## Lotterie.

Bei der am 10. c. fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 139. R. Klassenlotterie fiel 1 Gewinn auf 4000 R. auf No. 15,219. 2 Gewinne zu 2000 R. fielen auf No. 55,276 und 85,257, und 3 Gewinne zu 100 R. auf No. 35,384, 44,913 und 75,875.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

Bukarest, 11. Febr. Der Fürst hat die Demission des Ministeriums nicht angenommen und beide Kammern durch ein Decret aufgelöst.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 10. Febr. Die offizielle „Correspondenz Hofmann“ erklärt das von der „Bayerischen Landeszeitung“ erwähnte und vielfach weiter verbreitete Gerücht, Graf Bischoff habe die süddeutschen Regierungen aufgefordert, ihre Heere bis zum April in Kriegsbereitschaft zu setzen, da Frankreich von der österreichischen Regierung zum Kriege gestachelt werde, für gänzlich unbegründet. (R. T.)

Madrid, 10. Febr. Ueber die Besetzung des spanischen Thrones haben Besprechungen der Majorität der Cortes stattgefunden. Sicherem Vernehmen nach war das Ergebnis jener Besprechungen, daß die Krone zunächst dem Könige Ferdinand von Portugal, und falls der König ablehnen sollte, dem Herzog von Montpensier angetragen werden sollte. (W. T.)

Washington, 10. Febr. Der Senat hat mit 40 gegen 16 Stimmen eine Resolution angenommen, wodurch ein Verfassungs-Amendement in Vorschlag gebracht wird, welches jede Beeinträchtigung des Wahlrechts durch die Unterschiede der Race, Farbe, Herkommen, des Vermögens, Glaubens oder der Erziehung verbietet. (N. T.)

## Landtags-Verhandlungen.

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Februar.

Vorberatung des Gesetzes betr. Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts. Abg. Waldeck: Ich trete dem Cultusminister und dem Abg. Bied darin bei, daß die Frage nicht weiter zu vertuschen ist, die Regierung muß auf sie eine directe Antwort haben. Dieselbe ist eine eminent sociale, der Minister hat gesagt, sie sei eine Marotte von 1848, das war aber eben das Gute jener Bewegung, daß nach langer Stagnation der Gewalt die Forderungen des Volkes plötzlich Gewicht erhielten, man ihnen Rechnung tragen mußte. Die Reaction, die nichts Productives, nichts Fundamentales hatte, suchte nach Möglichkeit Alles wiederherzustellen; in der neuen Ära von 1858 war es wieder die Kirchen- und Schulfrage, an die sich nicht die Opposition, sondern der Widerwille der Nation anklammerte, weil hier nichts zu schaffen war. Der Staat soll für die geistige Ausbildung der Menschen, besonders der enterkten Klassen eintreten, verlangt er von ihnen Steuern und Soldaten, so sollen sie auch an den geistigen Gütern der Reichen Theil nehmen. (Zustimmung links.) Der rohe Socialismus suchte diese Gleichheit auf materiellem Gebiete, seine verwerflichen Bestrebungen werden befördert, wenn man jenen Klassen die geistigen Güter verschließt. Wenn der enterkte Mann sagt: „Ihr macht mich zum Soldaten, ihr verlangt mein Blut, ihr beraubt mich der Unterstützung durch meine Kinder, indem ihr sie in die Schule schickt, und nun gebt ihr den Unterricht nicht einmal unentgeltlich?“ „Ihr wollt mich exquirieren, wenn ich das Schulgeld nicht zahle?“ Was sollen wir dazu sagen? Wenn es schon hart ist, Steuern exquirieren zu lassen, so ist es noch härter, wenn man einen armen Mann, der 5 bis 6 Kinder hat, wegen Schulgeld exquirieren läßt. (Beifall links.) Die 40,000 Thlr., welche hier in Berlin an Schulgeld aufgebracht werden, kosten allein 20,000 Thlr. an Hebungslosten. (Hört! hört!) Ist eine solche Abgabe wohl solcher Mühe werth, daß man sich erst an die Lehrer wendet und dann noch an die exekutive Gewalt? Man hat auf Armenschulen verwiesen. Es ist unwürdig, wenn in dieser Beziehung nicht die Armen den Reichen

gleich gestellt werden (Zustimmung links). Nun kommen Sie mit Ihren 3 Millionen. Haben Sie nach 3 Millionen gefragt, als Sie die 60 Millionen Kriegsanleihe bewilligten? (Hört! hört!) Und wenn irgendwo, existiert hier ein Zusammenhang zwischen der allgemeinen Wehrpflicht und dem Unterricht. Wenn der Staat die höchste Anstrengung in militärischer Beziehung verlangt, so muß er auch die erforderliche Bildung geben. Die Unentgeltlichkeit des höheren Unterrichts ist gerade ein Vorzug katholischer Gegenden, weil dadurch die frischen Talente aus dem Volke herangezogen werden. Wenn die Gemeinden die 3 Millionen nicht aufbringen können, muß der Staat es thun. Der Minister hält das Schulgeldzahlen für eine Ehre, die wahre Ehre besteht darin, wenn Arme und Reiche gleichgestellt werden in den Schulanstalten. Die Autorität Hansemanns gilt hier nicht, von seinem Standpunkt hätte kein berühmter Ausspruch: „In Geldfragen hört die Gemüthslichkeit auf“ Recht, aber von dem unrigen hatte er keine Ahnung (Heiterkeit). Wenn Sie sich (nach dem Ministerialfug zugewandt) nun auch für unfähig erklären, den Art. 26 auszuführen, rütheln Sie wenigstens nicht auch an dem Art. 25. Lassen Sie uns diesen Artikel, der nicht gegen die Aristokratie, nicht gegen die Bureaucratie gerichtet ist, sondern nur die klare Forderung des armen Mannes, des ganzen Volkes enthält. Wenn Sie ihn auch nicht ausführen können, so lassen Sie ihn ruhig stehen, er wird ausgeführt werden müssen. Wir wollen deshalb allen solchen Veränderungen der Verfassung ein entschiedenes Nein entgegenlegen. Wenn das Herrenhaus bei Art. 84 den ersten Versuch, die Verfassung in melius zu ändern, abgelehnt hat, so wollen wir eine solche in pejus ablehnen. Lassen Sie ihn sein Stillsitzen noch weiter führen; es wird und muß schließlich doch zu einem Fruchtbringenden werden für die ganze Nation. (Lebhafter Beifall links.) Abg. Forchhammer bekämpft die Regierungsvorlage, will aber, wie v. Hennig, die Frage nur im Zusammenhang mit dem ganzen Unterrichtswesen behandeln. Abg. Dr. Bender: Weil der Schulzwang nothwendig aber nur berechtigt ist, wenn der Staat Beden in die Lage setzt, seine Kinder zur Schule zu schicken, stimme ich gegen die Vorlage. Der Minister steht stets auf historischem Standpunkt mit rückwärts gemendetem Blicke, wir fragen aber nicht, wie man früher über dies und das gedacht hat, sondern nach dem was gut und gerecht ist. Die Armen haben ohnehin Schwierigkeiten beim Schulbesuch, es fehlt an Kleibern, der Gutsbesitzer verlangt die Kinder zur Feldarbeit und nun sollen diese noch durch die Schulgelderlast verhehrt werden? Der Minister ver-muthet bereits das Resultat der Abstimmung und trüthelt sich, daß noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Meint er, daß unsere Ansichten sich noch ändern könnten, so befindet er sich im Irrthum. Wir werden uns immer nur durch die Rücksicht auf das Wohl des Landes leiten lassen und deshalb mit allen Mitteln einer Beseitigung des Art. 25 entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.) Reg.-Comm. Scholz: Die Vorlage beseitigt eine Beschränkung der Gemeinden, ist also eine Frage der Freiheit und Selbstverwaltung. Das Schulgeld ist eine vollständige Einrichtung, bei Errichtung einer neuen Schule würden stets die Interessenten in 9 von 10 Fällen für Schulgeldehebung stimmen. Die Last der 3 Millionen, die mit seiner Aufhebung auf die Commune gewälzt würden, möge man nicht unterschätzen, oder sich mit der vagen Hoffnung trösten, daß sie von der Staatskasse übernommen würden. Hieron kann nicht die Rede sein. Abg. Richter (Sangerhausen): Grabe daß das Gesetz die Beihilfe des Staats nicht regelt, werfen wir ihm vor. Das vorgelegte Schulgesetz schreibt vor, daß die Höhe des Schulgeldes und die Bedingungen seiner theilweisen Erlassung von der Regierung abhängen. Heißt das etwa Autonomie der Gemeinden? Das Schulgeld hat denselben Ursprung, wie die Stempelgebühren, während es früher nur nach Zahl der Stunden gezahlt wurde, muß es jetzt als feste Abgabe bezahlt werden. Daß der Schulbe-

such von Zahlung des Schulgeldes abhängt, ist zu bestreiten, er richtet sich stets nach den Familienverhältnissen. Ich werde zuerst für den Antrag Hennig stimmen, um dem Minister zu zeigen, daß wir nur auf eine vollständige Regelung der Schulverhältnisse eingehen wollen (Beifall). Dr. Künzer muß sich heute von seinen Freunden trennen, weil er im Einklang mit seinen Wählern gegen das Kopfschulgeld ist. Der Gedanke gehört nicht dem Jahre 1848, sondern der katholischen Kirche an. Der Arbeiter kann zu leben haben, und doch die 2 Groschen zum Schulgeld nicht besigen. Ich will und darf, nachdem ich hier Millionen bewilligt habe, nicht vor meine Wähler treten, ohne ihnen wenn auch nicht die Unentgeltlichkeit des Unterrichts mitzubringen, wenigstens die in der Verfassung gewährte Verheißung gerettet zu haben. Der Antrag v. Hennig auf Aussetzung der Verathung wird abgelehnt. (Dagegen die Rechte, die Fortschrittspartei, die Abg. Lefse und Lasker.)

In der Specialdiscussion: Abg. Wantrup gegen den Antrag. Ich bin kein Freund des Schulgeldes, sondern wünsche eine Schulfreie. Dennoch werde ich für die Regierungsvorlage stimmen (Heiterkeit links), weil Art. 25 vom Volke ganz anders gedeutet wird, als was er sagen sollte. Man meint, der Unterricht solle völlig umsonst sein und der Staat allein dafür aufkommen. Das ist ja sehr schön, daß der Staat, der den Schulzwang ausübt, auch den Schulunterricht geben soll. Wenn an Stelle des Egoismus die volle christliche Liebe träte, wäre dies wohl möglich. Heute ist es unpractisch. Eine Einführung der Schulfreie würde große Aufregung hervorrufen, gerade unter den ärmeren Leuten. Denn das Schulgeld werden sie los, sobald ihre Kinder erwachsen sind; die Schulfreie aber nie. Es ist deshalb zweckmäßiger, den Art. 25 aufzuheben. Nun sagt man zwar: „Er kann ja aber stehen bleiben, schlechte Gesetze schaden nicht und gute nugen nichts, wenn sie nicht ausgeführt werden.“ Wenn wir aber die Verpflichtung zur Unterhaltung der Schule feststellen, so müssen wir abrechnen mit diesem Artikel, indem man es der Gemeinde überläßt, entweder Schulfreie, oder mäßiges Schulgeld einzuführen. Abg. Lasker: Ich bin gegen Aufhebung des Schulgeldes, doch kann die materielle Seite der Frage heute nicht in Betracht kommen. Die Regierung soll darüber wachen, daß die Gemeinden mit Feststellung des Schulgeldes keinen Mißbrauch treiben. Solche Vollmacht hat die Regierung gar nicht. Früher hat der Minister die Schulgeldebhebung für eine Präjudizfrage erklärt, jetzt thut er so als ob die Sache gegen seinen Willen allein behandelt werde. Es wäre eine vorläufige Gesezgebung, wenn wir Art. 25 aufheben und damit die willkürliche Schulgeldebhebung freigegeben wöllen. Zu einer hierzu nothwendigen Organisation gehört eine tiefgedachte Reform und als ein Vorbereiter diese vom Minister verlangte, da lachte der Regierungs-Commissar wie über einen unerhörten Gedanken. (Murren rechts, Heiterkeit links.) Der Cultusminister sagt wie auf einer Insel und kümmert sich nur um sein Schulgesetz, er sagt den Gemeinden: Ich möchte Euch erlauben so viel Schulgeld zu nehmen wie ihr wollt, aber das böse Abgeordnetenhaus will nicht. Wir verlangen, daß der Minister nicht nur humoristische Gedanken gelegentlich äußert, sondern selbst über die Aufbringung des Schulgeldes nachdenkt. Wenn das Haus auf Grund allgemeiner Versprechungen den § aufheben wollte, würde es leichtfertig Geseze machen, und das traue ich ihm nicht zu. Wir könnten dann lange warten, bis durch das Medium des Ministers und des Herrenhauses die gesetzliche Garantie gegen Ueberbürdung kommen würde. Wer mehr Zutrauen zum Minister hat, möge für die Aufhebung stimmen, wir aber, die wir dies Zutrauen weder zu diesem Minister, noch insbesondere zu diesem Cultusminister, noch zu dem Herrenhause haben, wir stimmen für die Beibehaltung des Verfassungs-Paragraphe. (Lebhafter Beifall.) Min. v. Mäbler: Abg. Lasker wirft mir vor, daß ich die Schulgeldebhebung für eine Präjudizfrage gehalten, ich habe aber gewünscht, daß beide Geseze hier gemeinsam verathet würden und man nicht in Abrede stellen könne, daß das vor-

## Stadt-Theater.

Der „schwarze Domino“, eine höchst selten auftauchende frühere Oper von Scribe und Aubert, welche in Danzig gewiß ein volles Vierteljahrhundert und länger geruht hat, ging zum Benefiz für die dramatische Sängerin Fräul. Chäben in Scene und hatte sich eines starken Zuspruches zu erfreuen. Wenn das Werk auch nicht zu den glücklichsten Arbeiten der fruchtbaren Verfasser zu zählen ist, so sieht sich doch das hiesige Repertoire wenigstens momentan damit bereichert und es wird den Opernfreunden wieder einmal eine nicht uninteressante Abwechslung dargeboten. Die Direction hat sich in diesem Winter durch eine Erweiterung des Opernrepertoires gegründeten Anspruch auf Dank erworben und die größere Rührigkeit der Opernkkräfte gegen früher ist auch von Kassenerfolg begleitet gewesen. Deshalb dürften sich auch für die Folge solche Griffe aus dem Repertorium älterer Partituren empfehlen. Der „schwarze Domino“ schildert die pikanten Abenteuer einer jungen Dame aus hohem Stande, welche wider Neigung für das Kloster bestimmt, den rauschenden Freuden des Lebens nicht zu entsagen vermag und sich verleiten läßt, incognito in der Hülle eines schwarzen Domino's Maskenbälle zu besuchen. Sie verliert dabei ihr Herz an Horatio von Massarena und geräth in bedenkliche Situation, als sie sich bei einem zärtlichen tête-à-tête verspätet und die Pforten des Stiefes verschlossen findet. Sie sucht ein Asyl bei Claudia, der Wirthschafterin des Grafen Juliano, eines Freundes von Horatio und muß, um das Geheimniß des schwarzen Domino's zu wahren, eine neue Maske wählen, die der Dienerin Claudia's. Mit Noth entgeht sie hier den Bärtlichkeiten der galanten Herren, welche sich zum Souper

bei Juliano zusammenfinden, indem es ihr gelingt, sich der Schlüssel des Gil Perez, Desonomen des Königl. Damenstifts zu bemächtigen, das Haus zu verlassen und glücklich wieder in dem heimlich verlassenen Stief anzulangen. Das Incognito Angelas bringt den sterblich verliebten Horatio zur Verzweiflung. Endlich gelingt es ihm, die richtige Spur zu finden, und ein Schreiben der Königin führt eine glückliche Lösung herbei. Angela, eine Auserwählte der Königin, wird ihrer klösterlichen Bestimmung entzogen, ihres Vermögens wegen, welches, wenn sie der Welt entsagt, in die Hände des Lord Elford, eines Ausländers fallen muß. Die Wahl eines Gatten wird ihr freigestellt und natürlich sieht sich Horatio beglückt. Das Interesse concentrirt sich fast ausschließlich auf die Bravourrolle der Angela und ihres Anbeters Horatio. Die übrigen Rollen sind nur Episoden, zum Theil von komischer Färbung, wie der blasierte Lord und der Anbeter der Wirthschafterin Claudia, Gil Perez. Die Handlung würde amüsant sein, wenn sie weniger in die Breite gezogen wäre und wenn der gesprochene Dialog nicht in einer Weise dominierte, daß das Ganze mehr als Lustspiel, wie als Oper anzusehen ist. Die Musik illustriert eigentl. nur den Dialog und ist kaum mehr als als das fünfte Rad am Wagen. Aubert handhabt seinen Antheil mit gewohnter Virtuosität, aber auch mit großer Leichtfertigkeit. Seine für Contretänze und Quadrillen brillant zugeschnittene Musik kommt aus den hüpfenden und prickelnden Rhythmen kaum heraus. Man schließt hier und da, namentlich in dem, was die bewegliche Angela höchst freigebig kredenz, den perlenden Champagnerdampf nicht ohne Behagen, aber man möchte des „schwarzen Domino's“ auch einmal als Oper frech werden und sieht sich nach einigem Opernerrnst. Der aber taucht nur in einigen

wenigen Melodien auf, die aus dem trüben Meere der Tanzmusik fast schüchtern ihre Köpfe erheben und sich in der rauschenden Umgebung fremd fühlen.

Die Schattenseite der Aufführung war wieder der gesprochene Dialog, die Achillesferse der deutschen Sänger. Fräul. Lehmann (Angela) und Hr. Fischer (Gil Perez) machten Vieles gut von dem, was in dieser Beziehung verborgen wurde. Auch Frau Arnarius (Claudia) versteht zu sprechen. Fräul. Lehmann, obgleich etwas leidend, führte die glänzend bedachte Titelrolle, den schwarzen Domino, mit Frische und respectabler Fertigkeit durch. Einen Zuwachs von Frischen im Gesange, von Abrundung in der Darstellung wird die vermehrte Sicherheit bei einer Wiederholung der Oper gewiß nicht vermissen lassen. Das Publikum geizte mit dem Beifall nicht. Fräul. Chäben, in der nicht hervortretenden Rolle der Brigitta, hatte für sich nur einen bescheidenen künstlerischen Benefiz-Antheil gewählt. Das hinderte jedoch nicht, daß der Bedeutung des Abends durch ehrende Notiznahme Rechnung getragen wurde. Herr Arnarius sang den Horatio lebendig und mit gewohnter technischer Sicherheit. Von den Trägern der komischen Rollen hatte Herr Fischer bei Weitem das ansprechendste Talent in die Wagschale zu werfen. Schon die originelle Maske hatte die Lacher auf ihrer Seite. Schade, daß dieser Virtuosität der Darstellung nur ein kleiner Spielraum gegeben war. Frau Arnarius charakterisirte die Claudia vortrefflich. Anzu-erkennen ist auch der Fleiß, mit dem Herr Ulrich (Lord Elford) und Hr. Kurth (Graf Juliano) ihre Partien darstellten. Der weibliche Chor war mit den klösterlichen Anschauungen noch nicht ganz im Reinen. Kein Wunder, daß sich Angela diesem Kreise zu entziehen strebte. M.



liegende sachlich eine Präjudizfrage sei. Die Regierungs-Instruction von 1817 weist der Regierung die Regelung des Schulgeldes zu, es ist dies ihre gesetzliche Competenz und die heutige Vorlage hat nur den Zweck, diese vom Boden der Verfassung auf den der Legislative zu bringen, nicht der Regierung unbedingte Vollmacht zu geben. Im Gegentheil hat sich die Regierung zu Verhandlungen bereit erklärt. Wenn ich mit dem Abg. Kaster annehmen kann, daß mit der heutigen Abstimmung die materielle Seite der Schulgeldfrage noch nicht erledigt wird, so betrachte ich dies als einen Gewinn für weitere Schritte. — Die Regierungsvorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 202 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

**Substitutions-Ordnung.** Refer. Abg. Lent empfiehlt Annahme mit den Aenderungen der Commission, Abg. Campagnani beantragt Abstimmung en bloc. — Justizminister Leonhardt: Ueber den Entwurf hat eine gründliche commissarische Berathung stattgefunden, deren Resultat eine Reihe von Anträgen ist. Mehrere werden von der Regierung als Verbesserungen anerkannt; sie hat eigentliche Bedenken nur bei zwei Anträgen: der erste bezieht sich auf die Zuständigkeit beim Erlass der Zuschlags-Vergütung; das zweite Bedenken ist finanzieller Art, indem in dem Kosten-tarif eine Herabsetzung erfolgt ist. (Heiterkeit.) Mit diesen Anträgen kann ich mich nicht einverstanden erklären, allein ich kann mich beruhigen aus einem doppelten Grunde: Einmal, weil das Gesetz von großer Bedeutung und der baldige Erlass von hohem Interesse ist, zweitens aber, weil ich die Ueberzeugung erlangt habe, daß es mir gar nichts helfen würde, wenn ich diesen Anträgen widerspräche. (Allseitige Heiterkeit.) Demgemäß beruhige ich mich und will gegen die Annahme des Gesetzes en bloc keinen Widerspruch erheben. (Beifall.) Diese wird darauf mit allen gegen 2 Stimmen ausgesprochen. Nächste Sitzung Freitag.

**3 Berlin, 10. Febr.** [Bismarcks Stellung zu Eulenburg und Mähler. Die auswärtige Lage.] Der Widerspruch, den Graf Eulenburg neulich im Abgeordnetenhaus gegen das Bismarcksche Verdammungsurtheil des Dreifassungs-Hauses erlief, mag an sich selbst eine geringe Bedeutung haben. Er bedeutet nur etwas als Symptom. Auch haben wir schon seit längerer Zeit Kenntniß davon, daß Graf Bismarck dem Prinzip der Selbstverwaltung einen, wir sagen nicht freien, aber doch einen freieren Spielraum verschaffen möchte, als seine Kollegen in den Ministerien des Innern und des Cultus es zulassen mögen. Wir glauben auch nicht zu irren, wenn wir hinzufügen, daß die Intentionen des Ministerpräsidenten aus seiner Ueberzeugung von der prinzipiellen Richtigkeit derselben herkommen. Gleichwohl liegen sie ihm nicht dermaßen am Herzen, daß er gefonnen wäre, sie unter allen Umständen durchzusetzen. Es ist sogar sehr zweifelhaft, ob er für ihre Durchführung den nöthigen Eifer selbst in der gegenwärtigen Lage entwickeln wird, in welcher er doch die Sympathien aller liberalen Elemente in Preußen und zumal in den übrigen deutschen Staaten vielleicht mehr als je zur Seite zu haben wünscht. Gewisse Schwankungen in den maßgebenden Kreisen wird der aufmerksame Beobachter wohl schon seit einiger Zeit bemerkt haben. Aber leider ist es mindestens eben so wahrscheinlich, daß die unsicher gewordene Bewegung wieder in die alte hochconservative Richtung zurückkehren, als daß sie eine neue und bessere Richtung einschlagen wird. Daß Graf Bismarck es für nöthig hält, jeden Augenblick auf den Ausbruch eines Kampfes gefaßt zu sein, in welcher die feudalen und klerikalen Elemente wenigstens in dem außerpreussischen Deutschland, wie in den neupreussischen und theilweise selbst in den alten preussischen Provinzen mit ihren Sympathien, wenn nicht hie und da gar mit den Waffen, auf der Seite der Feinde Deutschlands stehen werden, das muß Jedem schon durch eine aufmerksame Lectüre seiner Rede in der kürzlichsten Debatte vom 30. Januar vollkommen klar werden. Zwar würdigte er in dieser Rede die preußenfeindlichen Expectationen des ultramontanen Ministerialraths v. Mallinckrodt gar keiner Antwort. Aber er schilderte die auswärtige Lage Preußens in einer Weise, die gar nicht zweifelhaft lassen konnte und sollte, daß wir auch in diesem Augenblicke noch keinen Frieden haben, der „den Verth eines Friedens“ befähige, denn der gegenwärtige Friede sei noch immer „der Befürchtung ausgesetzt, jeden Tag, jede Woche geführt zu werden.“ Freilich sagt er nur, „der Friede schien bedroht“, er sagt sogar: „die Kriegsgefahr ist verschwunden.“ Aber dann heißt es auch wieder nur: „die Spannung der Situation hat nach gelassen“, doch wollen wir gerade auf dieses Wort hier noch ein besonderes Gewicht legen. Ein viel stärkeres Zeugniß dafür, daß auch nach der Ansicht des Ministerpräsidenten die Kriegsgefahr nur für den gegenwärtigen Moment verschwunden sei, liegt darin, daß er sagt, eine „Gefahr der Friedensstörung“ wäre „hauptsächlich durch Mißverständnisse, durch Verdrehungen von Thatsachen, durch unwahre Angaben über die Politik der preussischen Regierung“, auch durch das von den besessenen Fürsten (und doch auch wohl von Beist und seinen Gehilfen) ausgehende „Aufheizen fremder Regierungen und der fremden Nationen gegen uns“ geschaffen worden. Wahrlich, wenn solche wesenlosen Dinge eine wirkliche Kriegsgefahr heraufbeschwören können, und wenn dann diese Gefahr aufhört, oder vielmehr „die Spannung der Situation nachgelassen hat“, weil „der Ministerwechsel in den Donaufürstenthümern eintrat“, und weil „demnächst durch anderweite Ereignisse die Aufmerksamkeiten auch nach anderen Richtungen gelenkt worden sind“, dann kann doch, wenn ein gescheiter Mann das sagt, seine Meinung schlechterdings nur die sein, daß die wirklichen und dauernden Ursachen, aus denen über kurz oder lang ein Krieg hervorgehen kann, immer noch vorhanden sind, und daß unsern Gegnern nur diese oder jene (aber täglich wieder zu erscheinenden) Vorwände entzogen, vor Allem aber, daß eben nur unvorhergesehene Umstände eingetreten sind, (insbesondere die spanische Revolution), welche den Feind zwar zur Vertagung, aber keinesweges zum Aufgeben seiner bösen Absichten bewegen konnten. Außerdem zweifeln wir kaum daran, daß Graf Bismarck schon am 30. Januar von den geheimen Unterhandlungen unterrichtet war, die zwischen Napoleon III. und Victor Emmanuel eben jetzt geschlossen werden. Daß solche Unterhandlungen wirklich stattfinden, und daß ihre Spitze gerade gegen Preußen und Deutschland gerichtet ist, das darf man wohl als gewiß annehmen. Nur möchten auch wir nicht dafür einstehen, daß die Dinge schon jetzt so weit gediehen sind, wie die Correspondenten der „Nat.-Ztg.“ und der „Köln. Ztg.“ annehmen. (Bergl. No. 5295 dieser Zeitung.)

— [Die Frage wegen Vermehrung der Bundes-Einnahmen] beschäftigt die zustehenden Behörden lebhaft. Die Angaben der „Köln. Ztg.“ über eine aus der Brauntweinsteuer, resp. Einführung einer Fabriksteuer auf

Spiritus zu gewinnenden Ertragsverhöhung bekräftigt sich. Es liegt ferner in der Absicht, zuvörderst die Einnahmen der Postverwaltung dadurch zu erhöhen, daß die Postfreiheit sämtlicher Verwaltungsbehörden aller Bundesstaaten aufgehoben wird, wodurch eine Vermehrung der Posteinnahmen um einige Millionen erzielt werden wird. Sicherer Anzeichen nach wird man auch dabei noch nicht stehen bleiben.

\* [Zweiter Congress Nordd. Landwirthe.] Nach Schluß der Debatte über das Vereinswesen wird sowohl die Benda'sche Resolution, als der Wedell'sche Antrag (siehe gestr. Abendztg.) angenommen und zu letzterem folgendes von Herrn Kroker gestellte Amendement: „Der Congress wolle 1) durch seinen Ausschuß die Organisation landwirthschaftlicher Interessenvertretung im Bereiche des nordd. Bundes vorbereiten und dem Ausschuß unbeschränkte Vollmacht zur Cooptation zu diesem Behufe geben; — 2) dem Ausschuß die Verpflichtung auferlegen, einen vollständig ausgearbeiteten Organisationsplan der öffentlichen Discussion und demnächst dem 3. Congress zum Beschluß zu unterbreiten.“ — Zweiter Gegenstand der T.-D. ist das Versicherungswesen. Ref. Herr v. Pölgen verbreitet sich über die historische Entwicklung des Versicherungswesens, und über die verhältnismäßig günstige Lage desselben in Norddeutschland im Verhältnis zu andern Ländern. Die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit seien denen auf Actien vorzuziehen, die Gesellschaften müßten unter staatlicher Controle stehen. — Das Gutachten des Correferenten G. Reg.-Rath Jacobi wird verlesen. Dasselbe erkennt die Nothwendigkeit eines Schutzes an, einerseits gegen unsolide Versicherungsanstalten, andererseits gegen Uebersicherung, glaubt aber diesen Schutz am besten durch freie Concurrenz, nicht durch gesetzliche Schranken zu finden. — Die Debatte über die beantragten Resolutionen wird auf die Mittwoch-sitzung vertagt.

— [Die „Prov.-Corr.“] meldet: Die Sitzungen des Landtags werden, wie schon früher in Aussicht genommen, bis in die letzte Woche dieses Monats fortgesetzt werden. — Die Session des Bundesraths des norddeutschen Bundes wird am nächsten Montage, 15. Februar, beginnen. — Die Session des Reichstages dürfte vor Ablauf der ersten Woche des März eröffnet werden. — Die Beratungen über die Aenderung der Kreisverfassung sind im Staatsministerium so weit gediehen, daß nunmehr behufs vorläufiger Verständigung über die Grundlagen des Entwurfs Vertrauensmänner aus beiden Häusern des Landtages berufen werden sollen. Die vertraulichen Besprechungen werden in wenigen Tagen unter Leitung des Ministers des Innern beginnen.

— Für die neue Oberstaatsanwaltschaft nennt man den Kronoberanwalt v. Wolff in Celle (früher in Danzig). Der Justizminister will das Amt in Celle wieder mit einem Hannoveraner besetzen.

— Die Hoffnung, daß die Regierung neben der Kreisordnung jetzt schon die Regelung der ländlichen Polizeiverwaltung in den städtischen Provinzen in Angriff nehmen werde, hat sich nicht bestätigt. Die Frage ist, wie der „Magb. Ztg.“ versichert wird, vorläufig und vorläufiglich bis zur Reform der Landgemeinde-Ordnung wieder ad acta gelegt worden, wahrscheinlich um das Schicksal der Kreisordnung im Herrenhause nicht zu compromittiren. (B.-u.-F.-Z.)

— [Vom Abg. Hartert] ist ein Antrag eingegangen, die Staatsregierung aufzufordern, zur Hebung der Fischerei auf hoher See eine Zahl kleiner Nothhäfen für Schiffe von 7 Fuß Tiefgang einzurichten.

— [Die Bestätigung des Dr. Kempf] zum Director der höheren Stralauer Realschule ist gegenwärtig auch in letzter Instanz ver sagt worden und dem Magistrat anheim gegeben, eine anderweitige Wahl vorzunehmen. Inzwischen hat die verzögerte Bestätigung der Wahl des Magistrates die Verhältnisse wesentlich geändert und soll der Magistrat hierdurch bestimmt worden sein, von der Wahl ganz abzu sehen und nicht weiter auf eine Umgestaltung der höheren Bürgerschule zu einer Realschule erster Klasse zu bestehen. (Sp. Btg.)

**Hannover.** [Segnungen der preuß. Geseg gebung.] Wegen groben Unfalls bei Anwesenheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm war ein Handlungsreisender Junge angeklagt, aber in beiden Instanzen freigesprochen; er hatte darauf gegen den Polizei-Inspector Crusius wegen Mißhandlung bei Ausübung des Dienstes geklagt und nachdem vielfache Communicationen der Kronanwaltschaft mit den Verwaltungsbehörden stattgefunden, war Termin zur Verhandlung vor der Strafkammer angesetzt, vor dessen Abhaltung indeß der Competenz-Conflikt erhoben ist.

**Oesterreich.** Ueber das Verhältniß Ungarns zu Deutschland sagt General Klapka in seinem an die Wähler in Temesvar gerichteten Schreiben: „In der äußern Politik wird es Aufgabe des Reichstages sein, darüber zu wachen, daß der uns so nothwendige Friede erhalten und dessen Wohltaten keiner schlechtverstandenen Politik der Rache oder des Ehrgeizes zum Opfer gebracht werden. Möge sich Deutschland gestalten, entwickeln wie es wolle, wie es seinen Wünschen und Interessen am besten entspricht. Es ist nicht Ungarns und nicht Oesterreichs Aufgabe, dem deutschen Volke hindernd in den Weg zu treten und es zu einem eventuellen Bündnisse mit Rußland zu zwingen. In Deutschland haben wir bloß die Freundschaft der Deutschen und sonst nichts zu suchen, unsere Mission liegt im Osten. Wissen wir sie zu erfüllen, so sind uns die Sympathien der Welt gesichert. Lassen sich Ungarns und Oesterreichs Staatsmänner durch alte Vorurtheile daran hindern, zeigen sie sich den unterdrückten Christen gegenüber minder theilnehmend, wie Rußland, dem Letzteren gegenüber dagegen müßlos und nachgiebig, so haben sie die Zukunft geopfert und wird sie einst das Urtheil der Geschichte treffen.“

**England.** [Der Manns Stamm der Orleans] ist in der Linie der Erstgeburt gesichert durch die am Sonnabend erfolgte Geburt eines Sohnes des Grafen von Paris. Der Sprößling wird den Titel Herzog von Orleans tragen.

**Frankreich.** Paris, 9. Febr. [Dementi.] „Patrie“ erklärt die Gerüchte betreffend das angebliche österreichisch-französisch-italienische Bündniß für unbegründet. — „Constitutionnel“ erklärt, daß die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die angebliche Subvention französischer Blätter durch den König von Hannover unmöglich als durch die Berliner Regierung inspirirt angesehen werden könnten; dieselben seien überhaupt nicht als Ausführungen eines politischen Gedankens, sondern nur als Hingespinnste zu betrachten.

**Spanien.** Madrid, 10. Febr. [In Burgo] sind von den wegen der Ermordung des Gouverneurs Angeklagten 1 zum Tode, 2 zu lebenslänglicher, 2 zu 20jähriger, und 2 zu 12jähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Man glaubt, daß die Todesstrafe anlässlich der Corteseröffnung von der Regierung in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werden wird. (W. Z.)

San Sebastian, 9. Febr. [28 Carlsten], welche Vorbereitungen trafen, die spanische Grenze zu überschreiten, sind in Bayonne internirt worden. (W. Z.)

**Danzig, den 11. Februar.**

\* Hr. Kreisrichter Hagens in Graudenz ist zum Stadt- und Kreisgerichtsrath in Danzig ernannt worden.

\* [Hr. Dr. Stich] hat, wie wir hören, die Anzeige hieher gelangen lassen, daß er in den nächsten Tagen hier wieder einzutreffen und dauernd hier zu bleiben gedenkt.

\* In der am 10. abgehaltenen Sitzung der Aeltesten hiesiger Kaufmannschaft wurde Herr Joh. Aug. Zimmermann als Mitglied in die Corporation der Kaufmannschaft angenommen. Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu Memel theilt Abschrift eines von demselben an den bleibenden Ausschuß des deutschen Handelstages in Betreff des Dispatch-Verfahrens mit und ersucht das Collegium, die Angelegenheit zu prüfen und im Falle der Zustimmung zu unterstützen. Es handelt sich in dem Antrage um Beschleunigung des Dispatch-Verfahrens, insbesondere um Einführung des beschleunigten Prozeßverfahrens bei Einwendungen gegen die Dispatch, resp. um bez. Aenderung des Art. 57 des Einf.-Ges. z. D. H. G. B. Das Collegium hat eine Commission zur Vorberathung der Angelegenheit ernannt. — Als Vorort der 4. Delegirten-Conferenz Norddeutscher Seehandelsplätze war dem Collegium ein Antrag der selben angehängt, wonach die Seehandelsplätze von Hamburg, Bremen und Altona, sowie der Gesellschaft der Commirenden zu Altona zugegangen, durch welchen beabsichtigt wird, daß die Delegirten-Conferenzen ihre Stellung als selbstständiges Organ des Seehandelsstandes aufgeben und sich auf eine beratende Thätigkeit als Subcommission des deutschen Handelstages beschränken sollen. Das Collegium hat demzufolge Abschrift des Antrages sämtlichen Mitgliedern der Delegirten-Conferenz zur Aeußerung überliefert, und es haben sich bis jetzt für denselben erklärt die Handelsvorstände von Memel, Tilsit, Stolp, Colberg, Swinemünde, Kiel und Emden. Die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Elbing halten das Aufgeben der selbstständigen Stellung der Delegirten-Conferenzen nicht für rathsam, sind jedoch der Ansicht, daß ein alsbaldiger Zusammentritt der 4. Konferenz nicht erforderlich sei. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Königsberg verwirft den Antrag ganz entschieden, legt auf das selbstständige Weiterbestehen der Conferenzen zur nachdrücklichen Vertretung der Interessen der Seehandelsplätze das größte Gewicht und erklärt den Zusammentritt der 4. Konferenz vor Einberufung des Zollparlaments für dringend erforderlich, um die Stellung der Seehandelsplätze zu den Beschlüssen des letzten Handelstages über die Zolltarif-Frage scharf zu präcisiren, sowie sich auch über angeblich beabsichtigte Anträge des Zollbundesrathes in Betreff der Einführung eines Colles auf Petroleum und Besteuerung von Leuchtgas auszusprechen. Das Collegium ist schon seiner im Handelstage eingenommenen Stellung nach immer der Ansicht gewesen, daß die Wirksamkeit der Delegirten-Conferenzen in ihrer bisherigen Gestalt beizubehalten sei, sieht sich jedoch den dissentirenden Ansichten der erstgenannten Mitglieder gegenüber in der Lage, zuvor eine Uebereinstimmung zwischen den Handelsvorständen Stettins, Königsbergs und Danzigs über die weitere Entschliessungen herbeizuführen.

\* [Zur Wasserleitung.] Die hiesige Kgl. Marineverwalt. beabsichtigt, die Quellwasserleitung, welche von Prangenau hieher geführt werden soll, theils zum Besten der auf der Werft beschäftigten zahlreichen Arbeiter, theils zur Versorgung der ausfahrenden Kgl. Schiffe mit Süßwasser, mittelst entsprechender Anlagen zu benutzen. Es soll demgemäß von dem äußersten Ende der städtischen Abwasserleitung hinter dem Jacobsthor eine ca. 3/4 Meile Zweigleitung nach dem Marine-Etablissement hin verlegt und dort ein Brunnengestell aufgestellt werden. Die Kosten dieser Rohrleitung trägt selbstverständlich der Marine-Fiskus, wie derselbe auch bereit ist, den Wasserzins nach dem gleichen Tarif zu leisten, der für die städtischen Bewohner seiner Zeit festgesetzt werden wird.

\* [Feuer.] Gestern Nachmittag 5 1/2 Uhr fand auf dem Grundstück Hätergasse 13 ein unbedeutender Schornsteinbrand statt, der zur Alarmirung der Feuerwehr Veranlassung gab und von dieser bald beseitigt wurde.

\* [Traject über die Weichsel.] Tereapol-Gulm per Bahn nur bei Tage, Warlubien-Graudenz per Bahn nur bei Tage, Gzwinst-Marienwerber per Bahn bei Tag und Nacht, Dirschau, 11. Febr. [Wasserstand der Weichsel] an der Dirschauer Brücke heute Morgen 8 Uhr 8 Fuß 7 Zoll. — Der Strom hier und unterhalb völlig eisfrei. — Von Warchau keine Nachricht. — Plehndorfer Schleuse heute 8 Fuß 2 Zoll.

Wachhude an der Krafolschleuse, 10. Febr. [Eiswachs-Nachricht.] Wasserstand: Am Pegel 4 Fuß 2 Zoll; unter der Deichkrone 13 Fuß 1 Zoll; das Wasser ist in 12 Stunden um 3 Fuß 7 Zoll gefallen. Nachdem bereits in der Nacht das Eis von der Beyerischen Kirche vorläufig Jückerstampe bis zum Ribitsbaten hinuntergerückt war, kam gestern Nachmittag auch das oberhalb Jeyer zum Durchbruch und fand bei dreifachem starken Eisgange durch die Weichselt und deren Auslässe Abfluß in das Haff. In der Stubbahen Fahrt liegt das Eis zusammengerückt bis zur Theilungspitze noch fest. Während des Eisganges flog das Wasser bis auf 7 1/2 am hiesigen Pegel und ist jetzt bis auf den oben angegebenen Wasserstand gefallen. (M. E. A.)

\* Thorn, 10. Febr. [Wasserstand der Weichsel] Morgens 8 Uhr + 3 Fuß 4 Zoll, Nachmittags 4 Uhr + 3 Fuß 2 Zoll. Eisgang ist heute bedeutend schwächer. Die Schollen sind von geringen Dimensionen und mürbe.

— [Die R. Wissenschaftl. Prüfungscommission] für die Provinz Preußen (in Königsberg) ist für 1869 wie folgt zusammengesetzt: Ordentliche Mitglieder: Dr. Schrader, Prof. Schulz, Dr. Richelot, Geh. Reg.-Rath und Prof. Professor Dr. Ueberweg, Dr. Schade, Dr. Nisch, Dr. Voigt. Außerordentliche Mitglieder: Dr. Thiel, Prof. in Braunsberg, Dr. Jaddach, Prof. Dr. Werther, Prof. Dr. Schmidt, Real-schuldirector.

**Zur Klärung der Situation in der mennonitischen Wehrfrage!**

In der Verhandlung über die Mennoniten-Petition im Abgeordnetenhaus nahmen die Herren v. Brauchitsch und Wranitz, die gerade durch die Stimmen der Mennoniten Abgeordnete geworden, eine Stellung ein, wodurch sie die Sympathien ihrer Wähler vollständig verlieren müssen. Zuvörderst bleibt uns die logische Schlussfolgerung vollständig unerklärlich, wenn Hr. v. Brauchitsch erklärt: „er werde für die Commissionen anträge stimmen, weil die oben erwähnte Petition eine Minoritätspetition sei.“ Glaubt Hr. v. Brauchitsch wirklich, daß die Petition eine Minoritätspetition sei? Und wenn — hat er dann mit seiner Erklärung im Sinne seiner Wähler gehandelt? Traurige Wahrheit ist, daß ein paar wohlbekannte, vereinzelter Aelteste der Mennonitengemeinden im Gr. Marienburger Werber gegen diese Petition agitirt haben, weil sie von wohlhabender Seite aufgemuntert und bestärkt worden, nur gläubig zu beten und starr am Alten festzuhalten. Diese Männer haben sich aber eben dadurch, daß sie auf diesem Wege glauben, das betreffende Reichstagsgesetz







# GERMANIA,

## Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Stettin.

Grund-Capital: Drei Millionen Thaler Pr. Court.

(7370)

Reserven Ende 1867	Thlr. 2,586,769.
Seit Eröffnung des Geschäfts bis Ende 1867 bezahlte Versicherungs-Summen	2,047,180.
Versichertes Capital Ende Januar 1869	48,800,621.
Jahres-Einnahme	1,531,459.
Im Monat Januar sind eingegangen: 2449 Anträge auf	1,236,748.

Mässige Prämien-Sätze.  
Schleunige Ausfertigung der Policen.  
Darlehne auf Policen.  
Prompte Auszahlung bei Todesfällen.

Prospecte und Antrags-Formulare gratis durch die Agenten und durch das unterzeichnete Bureau der Gesellschaft.

Das Bureau der „Germania“,  
Samuel Mendelsohn.

Heute Morgen 9 Uhr starb meine innigst geliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin Marie geb. König in ihrem 31. Lebensjahre. Tief erschüttert zeige ich dieses, um stille Theilnahme bittend, im Namen der Hinterbliebenen an.  
A. Wagner,  
Schiffsmüller.  
Danzig, den 11. Febr. 1869.

Heute früh um 9½ Uhr wurde uns durch den Tod unser hochverehrter Director Hermann Wodecki im Alter von 40 Jahren plötzlich entrissen. Wir verlieren in ihm nicht nur einen kenntnisreichen, von der hohen Aufgabe seines Berufes warm erfüllten Vorgesetzten, sondern auch einen liebevollen Freund.  
Berent, den 10. Februar 1869.  
Das Lehrer-Collegium des Königl. kath. Schullehrer-Seminars.

### Dampfer - Verbindung Danzig - Stettin.

Dampfer „Ceres“, Capt. M. D. Braun, geht Montag, den 15. dieses Monats, von hier nach Stettin.

Güteranmeldungen nimmt entgegen Ferdinand Brome, Melzerstraße No. 4.

Braunschweigische Prämien-Anleihe.  
Gegen Einkauf der Zuteilungsscheine zu obiger Prämienanleihe besorgen wir die Original-Prämienanleihe.

Baum & Liepmann,  
Wechsel- und Bank-Geschäft,  
Langenmarkt No. 20.

Den Umtausch aller zur Unification bestimmten Oesterreichischen Effecten, als: Oesterr. National-Anleihe, Oesterreich. Metalliques etc. gegen neue Oesterreich. Rente besorgen

Meyer & Gelhorn, Danzig,  
Bank- und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt No. 7.



### Geröstete und mar. Weichsel-Neunaugen.

in 1 Schockfässern, mar. Lachs in 11. Lo., russ. Sardinen, Kräuter-Anchovis, Kräuter-Seringe, Almarinaden, — mar. Bratheringe in 1/1 und 1/2 Schockfässern.

Mäucherlachs, Epidaale, Büdinge, Stodfische, geräucherte Maränen; so wie frische Fische die die Saison darbietet, versendet billigt unter Nachnahme  
Brunzen's Seefisch-Handlung,  
Fischmarkt 38.

Messinaer Apfelsinen u. Citronen in Kisten bei  
Carl Schnarcke.

### Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Nachdem

der Kaufmann Herr L. A. Wilda in Danzig

nach dem Tode des Kaufmanns Herrn C. Schwalm daselbst die bis dahin von letzterem verwaltete Agentur der obigen Gesellschaft übernommen hat, bitten wir ergebenst, sich in allen betr. Versicherungs-Angelegenheiten fortan an Herrn L. A. Wilda zu wenden.  
Königsberg, im Februar 1869.

Gebrüder Frommer,  
Haupt-Agenten.

(7501)

### Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Nachdem der Kaufmann Herr Th. Schirmacher in Danzig die bisher von ihm verwaltete Agentur der obigen Gesellschaft niedergelegt und dieselbe

der Kaufmann Herr Bernh. Schwartz in Danzig

übernommen hat, bitten wir ergebenst, sich in allen betreffenden Versicherungs-Angelegenheiten fortan an den letztgenannten Herrn zu wenden.  
Königsberg, im Februar 1869.

Gebrüder Frommer,  
Haupt-Agenten.

(7500)

### Die Weinhandlung nebst Weinstube, Fischmarkt, „Alte Wache“.

empfiehlt alle Sorten Weine, Arrac, Cognac und Rum in Flaschen und Gebinden zu billigen Preisen.

Freitag und Sonnabend Königsberger und gebratene Meda, Fische in Bier und Braunschweiger Würstchen.

Schwedische Jagdstiefel-Schmiere von A. S. Seeger & Co. in Berlin, vorzügliches Mittel, um Leder aller Art geschmeidig und wasserdicht zu machen, empfiehlt in Blechbüchsen von 5 Sgr. an die Parfümerie- und Droguen-Handlung von Franz Jantzen.

Hundeg. 38, Ecke des Fischthors.  
Niederlage der wirklich ächten Schwedischen Jagdstiefel-Schmiere befindet sich in Danzig bei Hrn. Franz Jantzen.  
A. S. Seeger & Co. in Berlin.

Ganz billiges Auschuß-Porzellan in großer Menge traf wieder ein bei Wilhelm Sanio, Holzmarkt.

### Regen-Schirme

mit den neuesten und elegantesten englischen Gestellen empfiehlt zu Fabrikpreisen

E. Fischel.

Geld auf Wechsel

vergiebt P. Pianowski, Pöggendorfer 22.

Pfannenhafer wird gesucht. Näheres Hundegasse 40, Comtoir.

(7502)

Den geehrten Prinzipalen empfehle Handlungsgehilfen, mennonitischer Confession, mit guten Attesten für Material-, Destillations- und Eisengeschäft.

(7513)

Cornelius Dan, Mäler, Heiligegeistgasse 36. Ein tüchtiger Destillateur in gesetzteren Jahren, welcher in dieser Branche einige Jahre gearbeitet, kann bei guten Zeugnissen nach außerhalb placirt werden durch H. Matthies, Kettelhagerg. 1.

Den Herren Reisenden zur Nachricht, daß man in Rautenburg im

„Hotel zu den drei Kronen“, nur 10 Schritte von der Post entfernt, neu eingerichtete Fremdenzimmer, delicate Speisen, gute Bedienung und freundliche Aufnahme für billige Preise findet.

Die Versammlung des Sängervereins fällt morgen aus.  
Frühling.

(7509)

Seiwerkverein der Danziger Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Versammlung: Sonnabend, den 13. Abends 8 Uhr, im Saale des Schneidergewerlhause, Heiligegeistgasse. Die Mitglieder werden auf § 21 des Statuts aufmerksam gemacht und ersucht, dasselbe mitzubringen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Der Orts-Vorsitzende  
H. Treichel.

### 3. Vorlesung

zum Besten der Herberge zur Heimath.  
Freitag, 12. Februar, 6 Uhr.

Concordia, Eingang von der Hundegasse.  
Herr Corvetten-Capitain Werner: Das antike Seewesen.

Billets à 10 Sgr. an der Kasse.

### Danziger Stadttheater.

Freitag, den 12. Febr. (4. Ab. No. 4.)  
Gustav, oder: Der Maskenball. Große Oper in 5 Acten von Auber.

### Selonke's Etablissement.

Freitag, 12. Febr.: Große Extra-Vorstellung und Concert, sowie Gastspiel der Gymnastiker-Familie Grossb aus London. Auf Verlangen: Auf Flügeln der Nacht. Ballet-Divertissement, ausgeführt von den Damen de la Croix, Franzago, Geschwister Maatens und Wallyn, arrangirt vom Balletmeister Hrn. Frappart. — Die Wald-Nymphe, Schäfer und Waldteufel. Großes mythologisches Ballet, Musik von H. Fiege, arrangirt von Herrn Balletmeister Frappart. Vorkommende Tänze: 1) Pas grotesque, getanzt von Hrn. Frappart. 2) Spitzen-Variation, getanzt von Signorina Franzago. 3) Pas seul, getanzt von Hrn. Maatens. 4) Pas sérieux, getanzt von Signorina Franzago. 5) Polka sérieux, getanzt von den Geschw. Maatens. 6) Schluß-Tableau, bei bengalischer Beleuchtung.

Anfang 7 Uhr. Entrée wie gewöhnlich.  
Das geehrte Publikum wird freundlichst ersucht, während der Freitags-Vorstellung nicht zu rauchen.

Ein Zeit-Wochen ist gefunden worden. Abzuholen in der Expedition dieser Zeitung.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Der Oberarzt und Regimentsarzt Dr. Felt in Berlin sagt: „die Dr. H. Müller'schen Katarhröbchen beseitigen oftmals den stärksten Husten nach Verlauf eines einzigen Tages“ u. s. w. Zu haben in Buteln à 3 Sgr. bei Franz Jantzen in Danzig, Hundegasse No. 38, Ecke des Fischthors.

Ein Grundstück, worauf Schankwirtschaft betrieben, bestehend aus 10 Wohnungen nebst Garten und geräumigem Hofe, welches sich zur Fuhrhaltere eignet, ist zu verkaufen. Anzahlung 2000 Thlr. Adressen erbitte unter No. 7510 durch die Exped. d. Ztg.

30 starke kernige Eichen und 20 starke Fichten sind in Schönwalde bei Elbing zu verkaufen.

Meine Brauerei beabsichtige ich unter sehr billigen Bedingungen zu verpachten. Die Bedingungen werden jederzeit auf frankirte Anfragen ertheilt.

H. Korthals-Lautenburg.

20 große kernfette Hammel

stehen zum Verkauf Dom. Gr. Tschendorf b. Alt-Christburg.

Für das Comtoir eines hiesigen Getreide- und Versicherungs-Geschäftes wird ein Lehrling gesucht. Selbstgesch. Offerten sub. 7371 in d. Expedition d. Zeitung.

Ein junger Mann, der das Material- und Destillationsgeschäft erlernt hat, sucht von sofort oder vom 1. April eine Stelle. Gefällige Adressen bittet man unter 7478 in der Exped. d. Ztg. niederzulegen.

Jäschenthal 17 sind 2 freundl. neu decorirte Wohnungen von 2 u. 4 Zimmern nebst Zubehör zu vermieten.

Das Haus am braus. Was-ser 5, von Herrn Grott bewohnt, ist vom 1. April c. zu vermieten.

Ludw. Zimmermann, Fischmarkt 23.